

Helmut Pelzer

Das bedingungslose Grundeinkommen

Vergangenes bewahren, Gegenwärtiges erfahren, Zukünftiges denken

Helmut Pelzer

Das bedingungslose Grundeinkommen

Finanzierung und Realisierung nach dem
mathematisch fundierten Transfergrenzen-Modell

Eine kurze Zusammenfassung



Lucius & Lucius · Stuttgart

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Helmut Pelzer

Beim Tannenhof 24

89079 Ulm

helmut.pelzer@uni-ulm.de

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-8282-0530-7

© Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH · Stuttgart · 2010

Gerokstraße 51 · D-70184 Stuttgart · www.luciusverlag.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und Einband: Rosch-Buch, Scheßlitz

Printed in Germany

Vorwort

Die Forderung nach einem vom Staat garantierten Grundeinkommen für alle Bürger hat in den letzten Jahren in Deutschland wie auch in anderen Ländern eine große und nach wie vor steigende Zahl von Anhängern gefunden. Allein über 60.000 Bundesbürger erreichten Ende 2009 durch eine Petition, dass dieses Thema im Bundestag diskutiert werden soll. Eine Vorhersage über das zu erwartende Ergebnis einer solchen politischen Debatte ist zur Zeit noch nicht möglich. Abgesehen von den vielen Gegnern, die vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen einer derartigen (Sozial-)Reform erst noch überzeugt werden müssen, sind sich auch die Befürworter nicht einig, sowohl in Detailfragen zum Grundeinkommen selbst, als auch in den Möglichkeiten zu seiner Finanzierung. Von verschiedenen Arbeitsgruppen sowie von Einzelpersonen wurden dazu unterschiedliche „Modelle“ entwickelt. Sie in ein einheitliches Konzept zusammen zu fassen, wurde bisher nicht versucht. Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Ein Hemmnis ist die Frage nach der Finanzierbarkeit jedes dieser Modelle. Es geht immerhin, denkt man nur an die Finanzierung eines solchen Grundeinkommens in Höhe des staatlich festgelegten Existenzminimums von monatlich 650 Euro / Person (2010), um etwa 650 Mrd. Euro / Jahr, ein Betrag, der vom Staat nicht aufgebracht werden kann, selbst wenn alle gegenwärtigen sozialen Transferleistungen darin aufgehen würden (was rechtlich gar nicht möglich ist).

Und ein Grundeinkommen, das alle Bürger, die armen wie die reichen, gleichermaßen ohne Gegenleistung zusätzlich zu ihrem sonstigen Einkommen bekommen, wäre ohnehin nonsense. Man denke nur an einen Einkommens-Millionär, der für nichts vom Staat zusätzlich 650 € im Monat erhält. Andererseits wäre das Bewusstsein, dass man auch bei schwersten Schicksalsschlägen nicht in die absolute Armut fallen kann, für alle ein großer Gewinn an Sicherheit. In einer sozialen Gemeinschaft sollte diese Einstellung ohnehin ein ethisches Muss sein.

Solche Gedanken beschäftigten den Autor schon vor über 30 Jahren, als sich abzeichnen begann, dass die bis dahin so segensreiche *soziale Marktwirtschaft* den künftigen Herausforderungen durch die Globalisierung von Wirtschaft und Kapital nicht gewachsen sein wird. Und in Anbetracht der zunehmenden Automation war das Problem der Massenarbeitslosigkeit vorhersehbar. So begannen Überlegungen, ob man dafür nicht einen wirksamen Ersatz schaffen kann. Das zunächst theoretische Ergebnis war ein Umverteilungs-Verfahren für alle persönlichen Bruttoeinkommen ohne zusätzlichen Rückgriff auf Eigentum und Besitz. Alle Bürger sollten einen für alle gleichen Prozentsatz (Transferentzugsrate) ihrer Bruttoeinkommen bzw. -löhne in eine gemeinsame „Bürgergeldkasse“ einbringen. Die Summe daraus, dividiert durch die Zahl der Bürger könnte dann in gleicher Höhe an alle als „Bürgergeld“ zurück erstattet werden. Dieser Idee lag eine einfache mathematische Formel zugrunde, wir nannten sie „Ulmer Modell eines Bürgergeldes“. Bald zeigte sich jedoch, dass dieses Konzept in der Praxis nicht realisierbar ist und es zudem Verwechslungen mit dem „Bürgergeld der FDP“ nach sich zog. Als Ursache dieses Dilemmas wurde schließlich die Nichtbeachtung der „Transfergrenze“ in der Rechnung erkannt, jener Punkt in der Einkommensskala, bei dem die Summe aus Grundeinkom-

men (Bürgergeld) minus Transferenzugsrate $S I$, gleich Null ist. Wir nennen diesen Punkt die „Transfergrenze“. Alle Bürger mit niedrigem Einkommen / Lohn bekommen auf diese Weise mehr Geld zurück als sie abgeben müssen, sie sind „Nettoempfänger“. Die anderen haben in der Summe etwas weniger als ihr Einkommen, sie sind die „Nettozahler“. Berechnungen mit einer großen Zahl von Einkommensdaten vom Statistischen Bundesamt ergaben, dass ein so gestaltetes „BGE für alle“ mit einer nur geringen Belastung ($S II$) der Nettozahler finanziert werden kann.

Auch für dieses erweiterte Konzept konnte schließlich wie beim „Ulmer Modell“ eine einfache mathematische Formulierung gefunden werden, die nun den Namen „Transfergrenzen-Modell“ (TG-Modell) erhielt. Wie das Ulmer Modell besteht das TG-Modell nur aus Buchstaben (Parametern), für die wahlweise unterschiedliche Zahlen eingesetzt werden können. So steht B für das monatliche Grundeinkommen selbst, und auch die Sozialabgabe $S I$ (und wahlweise für $S II$) kann variiert werden. Hinzugefügt wurden K für die Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse und ein Parameter A , um auch falls erforderlich oder gewünscht noch andere Geldquellen zur Finanzierung des Ganzen heranziehen zu können.

Basis aller Rechnungen im TG-Modell sind die aktuellen Daten zur Einkommensverteilung in dem jeweiligen Gültigkeitsgebiet (in Deutschland ermittelt vom Statistischen Bundesamt).

In der Verwendung variabler Parameter unterscheidet sich das TG-Modell von allen anderen bekannten Finanzierungs-Konzepten für ein bedingungsloses Grundeinkommen und erfordert eine von ihnen unterschiedliche, weitgreifende Denkweise. Alle Buchstaben sind in ihrem Wert letztlich variabel, auch das persönliche Einkommen Y und ebenso V (Volkseinkommen) in dem betreffenden Land und N , die dortige Bevölkerungszahl mit der spezifischen Einkommensverteilung. Sogar die Transfergrenze (TG, Y_t), kann in der Rechnung versuchsweise verändert werden, um zu sehen, wie groß B und $S I$ sein müssten, um diese TG zu erreichen.

Darin unterscheidet sich das Transfergrenzenmodell grundsätzlich von allen anderen BGE-Modellen. Es beschreibt nicht ein bestimmtes BGE, sondern ist für den Gesetzgeber als mathematisches, digitalisiertes Werkzeug zur bestmöglichen Gestaltung eines solchen zu verstehen. Damit hat es auch für andere Staaten Gültigkeit mit ihren unterschiedlichen sozialen Standards. So könnte es zum Beispiel in der ganzen EU als einheitliches Konzept für ein Grundeinkommen herangezogen werden. Deutschland und die EU als Vorreiter eines neuartigen sozialen Systems im Kapitalismus?

Das TG-Modell hat eine Entstehungsgeschichte von über 30 Jahren. Es konnte nur zu dem hier beschriebenen Ergebnis kommen durch die zahllosen oft kontroversen Diskussionen nach vielen Vorträgen und Seminaren in ganz Deutschland und einen in Holland. Besonders ergiebig waren die Debatten mit den Mitgliedern des über 10 Jahre bestehenden Arbeitskreises „Bürgergeld und Grundeinkommen“ im *Zentrum für allgemeine wissenschaftliche Weiterbildung* an der Universität Ulm. Dessen Leiterin Carmen Stadelhofer gebührt besonderer Dank für ihr Engagement in Sachen Grundeinkommen. Einen großen Anteil am Gelingen des Projekts TG-Modell hatte Dr. Ute Fischer, Soziologin und

Ökonomin an der Universität Dortmund und Mitglied der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“. Ohne die Zusammenarbeit mit ihr hätte das Projekt TG-Modell schon im Jahr 2003 mangels spezieller weiterführender Fachkenntnisse abgebrochen werden müssen.

Einen besonderen Dank sage ich jedoch meiner Ehefrau Dr. Sibylle Herren-Pelzer. Ohne ihr Verständnis für das oft nervenaufreibende Leben ihres Mannes mit dem BGE und ohne ihr Mitdenken hätten diese 30 Jahre nicht durchgehalten werden können.

Ulm, im September 2010

Helmut Pelzer

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Was wollen wir?	5
3. Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE): Ein sozioökonomisches Konzept	8
3. 1 Ausgangslage	8
3. 2 Das Transfergrenzen-Modell: Unser Konzept eines Grundeinkommens	8
3. 2. 1 Theorie und Grundlagen. Das ursprüngliche „Ulmer Modell“	8
3. 2. 2 Die Transfergrenze	11
3. 2. 3 Finanzierung des BGE aus der Summe der persönlichen Bruttoeinkommen	13
3. 2. 4 Das Transfergrenzen-Modell (TG-Modell) im Detail	15
3. 2. 5 Der Übergang vom Nettoempfänger zum Nettozahler an der Transfergrenze	17
3. 2. 6 Das BGE und die gesetzlichen Sozialkassen	22
3. 2. 7 Splitting	23
3. 2. 8 BGE für alle	25
4. Erweiterung durch das Konsumsteuer-Modell von Goetz Werner	27
5. Schere arm – reich	29
6. BGE für Kinder und Jugendliche	29
7. Menschenwürde und BGE-Betrag	31
8. Mindestlöhne: BGE statt Kombilohn	33
9. BGE und Berufsausbildung	33
10. Das BGE in der EU und weltweit	34
11. Zeitlich begrenzte regionale Erprobung: der Weg in die Praxis	35
12. Praktische Durchführung der Rechnungen	37
12. 1 Datensammlung und ihre Interpretation	37
12. 2 Statistische Daten aus den Jahren 1998 und 2003	38
12. 3. Das monatlich an jede (erwachsene) Person auszuzahlende BGE	39
12. 4 Übergang von heute auf morgen: BGE statt Hartz IV	41
13. Ausblick und künftige Entwicklung	42
14. Literatur	50
15. Anhang	53
Beschreibung des Rechenprogramms in Excel	53